



Editorial

Sind wir ein Volk in Angst, Unsicherheit, Unmut, Desinteresse und als Angehörige dieses Volkes nur noch uns selbst verpflichtet? Die gesellschaftlichen Herausforderungen wie wankendes soziales Gefüge, Unsicherheit, Angst, Arbeitslosigkeit, Desinteresse gegenüber dem Ganzen usw. verstärken sich. Lassen wir uns nicht unterkriegen und dauernd kritisieren: weder gesellschaftlich noch in unserem militärischen Umfeld. Agieren wir im Rahmen unserer Überzeugungen und unseres Selbstverständnisses energisch mit Mut und Wille, zugunsten unseres Landes und unserer Heimat. Lassen wir uns durch negative Kritik nicht aus der Bahn werfen, uns unsicher machen, in einen Zustand der Lähmung versetzen und in unserem Verhalten einengen. Gehen wir in die Offensive! Wir machen das gerne. Es lohnt sich für unser Land und für die kommenden Generationen.

Christian Schmid

Landesverteidigung in einem Land, das sich nicht bedroht fühlt

1989 – vor 10 Jahren – erlebten wir einen Wandel von geschichtlicher Bedeutung: den Zusammenbruch der Sowjetunion. Von überzeugten Kommunisten abgesehen, war dies für uns alle eine gute Nachricht; denn Russlands Niedergang war gleichbedeutend mit dem Ende des Jahrzehnte lang währenden Kalten Krieges. Freilich, Helmut Kohl, dem klugen damaligen (west) deutschen Kanzler, gelang es, die momentane Euphorie im Westen dazu zu benutzen, Deutschland, das 1945 «für alle Zeiten» von der Landkarte gestrichen war, wieder zur ursprünglichen Grösse zu vereinigen. Doch lassen wir das. Beachten wir das Positive: alle westlichen Staaten, mit ihnen die Schweiz, freuten sich über den Wegfall einer permanenten Bedrohung. In Amerika erschien der Bestseller «Ende der Geschichte» (Fukuyama).

Der «ewige Friede»

Dem entsprach ein verbreiteter Glaube, wonach nun endlich der erhsehnte Friede gesichert sei. Dazu gehörte auch die Vorstellung, die Nation als politische Organisationsform sei endgültig überwunden. Statt dessen haben weltweit die UNO und in Europa die mit den Jahren entstandene EU die Funktionen der Nationalstaaten zu übernehmen und so den ewigen Frieden zu garantieren. Überall – allerdings mit sehr unterschiedlichem Tempo – wurden die Armeen abgebaut. Auch für die Schweiz galt: mit dem besten Willen konnte man keine militärische Bedrohung mehr feststellen. So erfreulich dieser Optimismus ist, der Historiker bleibt skeptisch. Warum? Für eine solche fundamentale Wende fehlt die wichtigste Voraussetzung, nämlich der neue Mensch. Nichts deutet darauf hin, die

Menschen hätten sich plötzlich grundlegend verändert. Vielmehr haben wir wie in den zurückliegenden Jahrtausenden davon auszugehen, der Mensch verfüge über eine widersprüchliche Natur: wohl sehnt er sich einerseits nach friedlichen Verhältnissen, aber ebenso offensichtlich verfügt er über ein aggressives Wesen. Nach grossen kriegerischen Exzessen ist das aggressive Bedürfnis jeweils befriedigt.

Schriftenreihe

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten!

Diesem Versand liegt ein Bestellprospekt für unsere Broschüren bei. Mit dem Kauf und mit der Weiterverteilung der sorgfältig erarbeiteten Schriften helfen Sie aktiv mit, die Ziele der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE Mitbürgerinnen und Mitbürgern vorzustellen.

Sie lesen heute

«Die Bezüge der Parlamentsmitglieder...»	3
Die neue Bundesverfassung	4
Dunkle Wolken über Moskau	4
Die Spalte des Präsidenten	5
Sicherheitspolitik als zuverlässige Versicherung für die Schweiz und nicht als Spielfeld für Husarenritte!	6
Sitzt auch im Bundeshaus ein Günter Guillaume?	6
In Kürze	7
Der PL-Politikaleiter	8
Gewählte reden nicht immer gewählt	8

Doch je länger eine friedliche Periode dauert, umso massiver schwillt dieses aggressive Potential wieder an und ruft nach Befriedigung. Wer hätte z. B. vor zwei, drei Jahren gedacht, die zur Verteidigung westlicher Demokratien gegründete NATO könnte unter Führung einer mit Brillanten behangenen US-Aussenministerin eine widerspenstige Nation auf dem Balkan bombardieren – da regt sich auf beiden Seiten aggressives Potential.

Die Zwanzigerjahre

Die Illusion vom ewigen Frieden hat die ältere Generation in diesem Jahrhundert schon einmal erlebt. Nach dem Ersten Weltkrieg war die Welt vom Glauben an den ewigen Frieden erfüllt. Eine neu geschaffene Welt-Friedensorganisation, der Völkerbund, sollte diese Überwindung der Kriege sichern. Auch damals war es die politische Linke unseres Landes, welche die Armee so rasch als möglich beseitigen wollte. Damals hatte dies auch gute Gründe: die Armee unter General Ulrich Wille war es gewesen, die im November 1918 den Generalstreik, mit dem die Linke nach ausländischem Vorbild (Russland, Deutschland) die Herrschaft antreten wollte, zum Erliegen brachte, d. h., die Armee hatte 1918 die bürgerliche Schweiz gerettet.

Dabei sei nicht übersehen, dass es immer schon neben der machtpolitisch bedingten Militärfeindlichkeit auch

Auch heute bildet das Desinteresse der Wirtschaft an der Armee ein zentrales Problem.

Respekt erheischende ethische Argumente gegen die Armee gab. Es sei an den idealistisch gesinnten Theologen Leonhard Ragaz erinnert.

Auf jeden Fall: die Armee erlebte Anfang der Zwanzigerjahre einen raschen Abbau. Dienstverweigerung wurde bei der Linken zu einem Gentleman-Delikt. Wer rasche wirtschaftliche Karriere machen wollte, hatte keine Zeit fürs Militär. Zudem ist es erstaunlich, wie sich die Geschichte wiederholt: auch damals war es ein Tessiner CVP-Bundesrat, der mit emotionaler Begeisterung für das internationale Engagement der Schweiz kämpfte: Giuseppe Motta genoss seine Auftritte im Völkerbund – bis man kleinlaut wieder zur «integrierten Neutralität» zurückkehrte.

Wiederaufbau der Armee

Entsprechend spät ging man, nachdem zuerst in Italien, dann in Deutschland der ewige Friede vorbei war, daran, die arg vernachlässigte Armee wieder aufzubauen. Noch 1936 empfahl die SP ein Nein zur Wehranleihe, mit der man die dringend nötige militärische Ausrüstung zu finanzieren versuchte. Grosses Verdienst kam bei der Wiederausrüstung dem Berner Bundesrat Rudolf Minger zu. Die unzähligen böartigen Witze, die zu Beginn der Dreissigerjahre über Minger zirkulierten, gehören zu meinen Jugenderinnerungen. Umso grösser war dann seine Popularität, als – spätestens 1939 – auch der Dümme gemerkt hatte, dass der «ewige Friede» vorbei war.

Amüsante Konsequenzen

Der Umschwung von der Dienstverweigerung zur Landesverteidigung führte zu manch seltsamer Erscheinung. So stellte der spätere SP-Bundesrat Max Weber, der um 1920 natürlich Dienstverweigerer gewesen war, 1940 das Gesuch um Aufnahme in die Armee. Weber war damals schon Nationalrat, das Gesuch ging deshalb bis hinauf zu General Guisan, der das Gesuch ablehnte. In dem Bataillon, in dem ich den grössten Teil meines Aktivdienstes leistete, dem Füs. Bat. 67, hatten wir in der Stabskompanie einen Bürogefreiten namens Felix Schulthess. Wie so mancher andere hatte der spätere Präsident der Schweizerischen Kreditanstalt in den Zwanzigerjahren wenig Wert auf eine militärische Karriere gelegt. Des-

halb musste er 1939 als Soldat einrücken. Solche Leute wurden dann in der Regel zum Bürogefreiten befördert – der Gfr. Schulthess hat bei mir beste Erinnerungen hinterlassen.

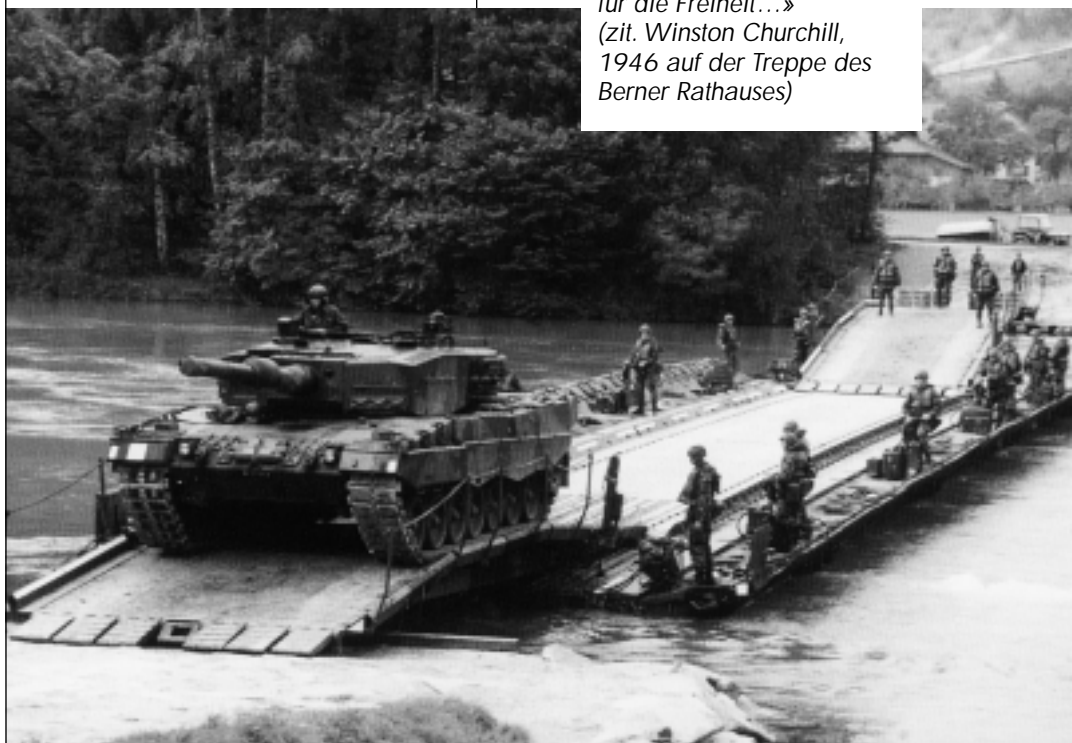
Die Illusion vom ewigen Frieden hat die ältere Generation in diesem Jahrhundert schon einmal erlebt.

Damit stehen wir schon mitten in der Gegenwart. Auch heute bildet das Desinteresse der Wirtschaft an der Armee ein zentrales Problem. Bei Grossunternehmen, die von Ausländern geleitet werden (es sei etwa an Jeff Katz bei der Swissair gedacht), ist das Problem wohl unlösbar. Doch gibt es immer noch genug Schweizer Firmen, die auf ihre Pflicht dem eigenen Land gegenüber ansprechbar sind.

Wichtigste Massnahmen

Damit zu den abschliessenden Überlegungen. Wir müssen damit leben, dass die Linke den Abbau der Armee fordert – im Augenblick mit der «Halbierungsinitiative». Es geht also darum, Massnahmen zu treffen, welche unsere Armee (d. h. die wichtigste Vorausset-

«...immerwährende Wachsamkeit ist der Preis für die Freiheit...»
(zit. Winston Churchill, 1946 auf der Treppe des Berner Rathauses)



zung für ein Überleben in unruhiger Zeit) durch die derzeitige Durststrecke hindurchretten und vor allem:

es sind Massnahmen zu treffen, um den Wiederaufbau (moderner Fachausdruck: Aufwuchszeit) innert möglichst kurzer Frist – nachdem auch der Naivste wieder merkt, dass es keinen ewigen Frieden gibt – zu gewährleisten. Diesem Ziel könnten folgende Mass-

Allerdings, mit der seltsam untertänigen, schwächlichen Haltung unserer heutigen Behörden lassen sich keine Verträge mit dem Ausland aushandeln.

nahmen dienlich sein: Fortbestand der Milizarmee, d.h. der allgemeinen Dienstpflicht. Dabei geht es nicht nur um den hohen Mannschaftsbestand, sondern auch um den sozialen Aspekt

der allgemeinen Wehrpflicht, den wertvollen Kontakt von Wehrpflichtigen verschiedenster sozialer Herkunft. Als zweite Forderung gilt die Ausbildung eines gut geschulten Offizierskorps; denn Mannschaften können relativ rasch ausgebildet werden – Vorgesetzte hingegen bedürfen einer zeitraubenden stufenweisen Schulung. Das klare Bekenntnis zur Milizarmee beinhaltet keine Ablehnung einer teilweisen Professionalisierung; ganz abgesehen davon, dass sie ja heute schon besteht: Festungswachtkorps, Teile der Flugwaffe etc. Komplexer ist der Einsatz von Teilen unserer Armee im Ausland. Der Historiker muss darauf hinweisen, dass die Eidgenossen während Jahrhunderten Truppen im Ausland stehen hatten und dort ausbilden liessen – allerdings, unsere Vorfahren schlossen kluge Verträge ab, die der Schweiz Einnahmen und handels-politische Vorteile (z.B. Salzlieferungen) sicherten. «Point d'argent, point de Suisses», so hiess es damals. Zudem: mit solch «sinnvollem» Einsatz der Armee macht man es der

Linken schwer, die Armee abzuschaffen. Allerdings, mit der seltsam untertänigen, schwächlichen Haltung unserer heutigen Behörden lassen sich keine Verträge mit dem Ausland aushandeln, die beim Souverän Chancen auf eine Mehrheit hätten.

Ganz zum Schluss

Ganz zum Schluss noch ein Vorschlag, über den man ruhig lachen darf: wer an die zukünftige Verteidigung der Schweiz denkt, der soll den einen oder anderen Bunker kaufen, fröhlich als exklusives Weekendhaus nutzen, vor allem aber sauber unterhalten, damit er im nächsten Bedrohungsfall sofort einsatzbereit ist.

Dr. Sigmund Widmer

Dr. Sigmund Widmer (geb. 1919) studierte Geschichte und Germanistik. Von 1966–82 war er Stadtpräsident von Zürich. 1965 erschien seine bekannte «Illustrierte Schweizergeschichte». Als Oberst und Kommandant des Zürcher Infanterie Regiments 27 beendete Dr. Widmer seine militärische Laufbahn.

«Die Bezüge der Parlamentsmitglieder ...»

... sind für die Medien ein beliebtes Thema und werden es im Hinblick auf die Wahlen in vermehrtem Ausmass sein.» Das teilte die Generalsekretärin der Parlamentsdienste den Mitgliedern der Eidgenössischen Räte am 19. März 1999 mit. Und weiter: «Die Verwaltungsdelegation hat uns gebeten, Ihnen eine Dokumentation über die Entschädigungen (insbesondere Einkommens- bzw. Spesenanteile) und deren Umfang zuzustellen, damit Sie entsprechende Anfragen von Journalistinnen und Journalisten ohne grossen Aufwand beantworten können.»

Auch wenn sich unsere Leser bislang (noch) nicht dafür interessierten, dürfen wir annehmen, dass die Publikation, u. a. eben im Hinblick auf die nächsten Wahlen, «auf vielseitigen Wunsch» geschieht. Da der Raum fehlt, um das ganze Zahlenmaterial wiederzugeben, fassen wir zusammen:

Gestützt auf die Zahlen der Vorjahre beläuft sich der durchschnittliche Bezug eines Nationalrates auf 86 158 Franken im Jahr. So setzt er sich für diesen 50-

Prozent-Job zusammen (steuerbare Beträge in kursiver Schrift):

Jahresentschädigung	12 000.–
96 Taggelder (inkl. Sessionen)	28 800.–
Distanzentschädigung (steuerbar)	203.–
Vorsorgeentschädigung	5 789.–
Einkommen	46 792.–
Entgelt für allg. Unkosten	18 000.–
96 Mahlzeitenentschädigungen	8 160.–
58 Übernachtungsentschädigungen	9 280.–
Distanzentschädigung (steuerfrei)	406.–
Generalabonnement	3 520.–
Spesen	39 366.–

Nun wird kaum ein Parlamentarier in der Lage sein, seine Amtszeit ohne Absenzen durchzustehen. Angenommen, es kämen nur 48 Sitzungstage und 29 Übernachtungen in Betracht, geht die Summe auf rund 67 000 Franken zu-

rück. Und wenn einer sich wählen lässt und dann überhaupt nicht erscheint? Das soll es zwar, laut Auskunft des Parlamentsdienstes, in den vergangenen zehn Jahren nicht gegeben haben; die neben den Sitzungsgeldern usw. fälligen Beträge würden indes auf jeden Fall ausbezahlt. Es wären dann immerhin noch gut 42 000 Franken jährlich, die als Beitrag an die Unkosten des Wahlkampfes nicht zu verachten sind. Und für den Druck der Visitenkarten reicht's auch noch. An ihren Leistungen gemessen dürften indes einige Parlamentarier (innen) – gewisse Professoren ausgenommen – nur mit Mühe eine Halbzeitstelle in der Privatindustrie finden, die ihnen rund 86 000 Franken einbringt.

Im Vergleich zum Taggeld von 8 Franken, das die Ratsherren 1849 bezogen, ist die Verbesserung ganz erheblich. Ein Bundesrat «kostete» damals 5000 Franken im Jahr, der Bundespräsident brachte es auf 6000 Franken.

Sch.

Die neue Bundesverfassung

«Am denkwürdigen 18. April 1999 hat das Schweizervolk sich eine neue Verfassung gegeben». So dürfte es dereinst in den Geschichtsbüchern zu lesen sein. Das Schweizervolk? Es war rund ein Fünftel der Stimmberechtigten, die der Vorlage zustimmten, 15 Prozent verwarfen sie. In einigen Kantonen war die Begeisterung noch wesentlich geringer (Freiburg, Waadt, Jura). Mit ihrer Ständestimme gaben sie indes den Ausschlag zum Ständemehr. Es wäre gekippt, hätten es nicht Zug, Solothurn und Graubünden mit zusammen knapp 4000 Ja-Stimmen gerettet. Wie viele der Zustimmenden haben wohl die alte

Verfassung zum Vergleich heranziehen können? Die Bundeskanzlei liess den Vorrat beizeiten ausgehen.

Wer sich in den drei Wochen vor der Hauruckabstimmung mit der Materie auseinandersetzte (mehr Zeit liess man dem Stimmbürger nicht), musste zum Schluss kommen, dass Bundesrat und Parlament ein Kuckucksei gelegt haben.

Die Eidgenossen sind in der Versenkung verschwunden, an ihre Stelle tritt die «Bevölkerung». Der neuen Verfassung entströmt der Mief des Zeitgeistes. Der Familie geht es an den Kragen, sie wird zur «Gemeinschaft von Erwachse-

nen und Kindern». Aus Freiheitsrechten, die den Einzelnen vor staatlichen Übergriffen schützten, sind Grundrechte geworden, ganz im Sinn des Anspruchsdenkens; «Recht auf ...» wird zur Standardfloskel, von Pflichten ist kaum die Rede. «Der Kulturartikel», den Volk und Stände 1986 und 1994 ablehnten, wurde in die Verfassung geschmuggelt.

Die Gleichgültigkeit, die der Souverän an den Tag legte, ist ein schlechtes Omen. So haben denn die Urheber dieser Verfassung, vorab alt Bundesrat Koller, wenig Grund, sich über das Abstimmungsergebnis zu freuen. Sch.

Dunkle Wolken über Moskau

Zu den nächsten Präsidentschaftswahlen in Russland (9.7.2000) dürfte Jelzin nicht mehr kandidieren; ohnehin vertrauen ihm jetzt lediglich noch ganze drei Prozent der Bevölkerung. Ziemlich hinten auf der Liste der Meinungsumfragen steht der einstige Ministerpräsident Wiktor Tschernomyrdin: Er ist nicht der Politiker, welcher die Volksmassen zu begeistern vermag, seine Partei «Unser Haus Russland» steht zudem kurz vor dem Zerfall. Ebenfalls wird Ex-General Lebed seine Ambitionen vorerst begraben müssen, da er weder wirtschaftlichen Rückhalt noch viele politisch einflussreiche Freunde besitzt; auch sind seine ökonomischen und sozialpolitischen Kenntnisse recht begrenzt. Als ein aussichtsreicher Kandidat gilt hingegen Juri Luschkow. Der 62jährige Moskauer Bürgermeister verfügt über viele Kontakte zu reichen Banken, hat aber wohl ähnliche gerade zur Mafia – die parlamentarische Demokratie verachtet er.

Die grössten Chancen auf die Nachfolge Jelzins hat nach den Umfragen und auch in seinem Vorgehen Premierminister Jewgeni Primakow, der inzwischen faktisch bereits als sein Stellvertreter fungiert. In Kiew 1929 als Yona Finkelstein (so seriöse US-Quellen) geboren, wuchs er – der seine jüdische Herkunft angesichts der antisemitischen Verhältnisse in der damaligen UdSSR lieber verschwieg – in Tiflis wahrscheinlich bei Adoptiveltern auf; darauf deutet schon das Wort «primak», das Adoptivsohn bedeutet. Dass er später im Dienst des KGB «arbeitete», ins Politbüro der

KPdSU kam, danach Aussenminister wurde, ist hinreichend bekannt. Gegenüber Jelzin ist er ein treuer Diener, offiziell leugnet er bis heute seine eigenen Ambitionen. Während der letzten Zeit hat er indes überaus geschickt seine alten Mitstreiter vom Geheimdienst in wichtige Schlüsselpositionen gehievt: Vizeadmiral Juri Subakow wurde Vizeminister im Aussenministerium, General Nikolai Bordjuscha kam zur Kreml-Administration, Grigorij Rapota übernahm den staatlichen Waffen-Export, Leonid Koschkarjow ist heute Leiter des Nachrichtendienstes bei der staatlichen Medien-Holding, und Generaloberst Kobaladse arbeitet neuerdings als zweiter Chef der Presseagentur Itar-Tass – um nur einige Beispiele zu nennen. Andererseits hat Primakow die

Dennoch hat Moskau genügend Geld für neue Waffen.

wirklich überlebenswichtigen Reformen Russlands in keiner Weise in Angriff genommen und bis dato auch keinerlei Vorschläge zur Lösung der Krise gemacht, obwohl sich die Lage immer weiter verschlechtert...

Dennoch hat Moskau genügend Geld für neue Waffen. Gewiss wird das neue Raketensystem «S-400» primär zur Verteidigung dienen, was man aber schon bei der – in unserer letzten Ausgabe bereits näher beschriebenen – «Topol-M»-Rakete absolut nicht sagen kann. Auch der neue Panzer «T-95»

(«der Russlands unbestrittene Führung in der Welt auf diesem Sektor konsolidiert») stellt eine reine Angriffswaffe dar. Der Schwerpunkt liegt sicherlich nicht zufällig bei der Luftwaffe: Eingebracht wurden in letzter Zeit der Tarnkappen-Jäger «Suchoi-32» sowie das ähnlich ausgestattete Kampfflugzeug «S-37». Den Hauptteil des Programms für die nächsten Jahre aber macht die Modernisierung von «MiG-29»-Kampfflugzeugen aus; das «MiG-29-917»-Mehrzweckflugzeug kann unter jedem Flügel vier Tonnen Bomben tragen und entwickelt dabei eine Stunden-Geschwindigkeit von fast 3000 km. Die neue «S-34» wird nach Moskauer Darstellung «das Flugzeug des 21. Jahrhunderts» sein, beträgt seine Bombenlast doch sogar über 25 Tonnen! Stolz heisst es in den russischen Medien, die modernen strategischen Bomber vom Typ Tupolew «Tu-160», «Tu-95 MS» und «Tu-22 MZ» könnten von einem generischen Radar nicht entdeckt werden. Gegenwärtig wird in Russland die «MiG-35» (Arbeitsbezeichnung «Mikoyan-1.42») gebaut. Sie kann 1,6fache Schallgeschwindigkeit fliegen, ihre Düsen lassen sich nach sämtlichen Seiten – im Gegensatz zur amerikanischen «F-22» – schwenken, und ihr Startgewicht soll 30 Tonnen betragen. Die Kosten allein für eine einzige Maschine belaufen sich auf rund 105 Millionen Schweizer Franken...

Dr. Friedrich-Wilhelm Schломann

Die Spalte des Präsidenten

Am 24. Oktober dieses Jahres werden wir unsere Vertreter in den Nationalrat und Ständerat wählen. Wir halten diese Wahlen für ausserordentlich wichtig, denn zu enttäuschend sind in unserer Augen die Resultate der Parlamentsarbeit der ablaufenden Legislaturperiode: zu wenig klare Stellungnahmen, zu viele Kompromisse! Wir möchten unsere Mitglieder bei der Beurteilung und der Auswahl der Kandidaten unterstützen. Es genügt nicht, die «richtige» Parteienliste einzulegen. Zu viele bürgerliche Politiker schwimmen im «Mainstream» mit und haben ihre klare Haltung verloren. Es kommt darauf an, die richtige Frau, den richtigen Mann zu wählen. Wir sind uns bewusst, dass wir als Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE nicht in der Lage sind, in allen Kantonen eine Überprüfung und Gewichtung der Kandidaten nach unseren Kriterien durchzuführen. Unsere Mittel und unsere Kenntnisse, vor allem über die Neukandidierenden, sind unzureichend. Unsere Möglichkeiten, dem abzuhelfen sind beschränkt. Deshalb wollen wir in diesem Wahljahr einen neuen Weg beschreiten:

Aufruf

zu den eidgenössischen Wahlen vom 24. Oktober 1999!

Wir rufen alle unsere Mitglieder auf, die als Bisherige oder als Neukandidierende im Herbst um einen Sitz im eidgenössischen Parlament kämpfen, sich bis zum 30. Juni 1999 bei uns zu melden: Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, Postfach, «Wahlen 99», 3000 Bern 11. Wir bitten Sie, auf maximal einer A4-Seite kurz und prägnant darzustellen, was Ihre Hauptanliegen für die nächste Legislaturperiode sind und wie Sie sich dafür einsetzen wollen. Wir senden Ihnen dazu kein Formular und keinen Fragebogen; sondern überlassen es Ihnen, wie Sie sich darstellen wollen. Alle Mitglieder bitten wir, Ihre Freunde (Mitglieder von PRO LIBERTATE), die als Wahlkandidaten diesen Aufruf übersehen haben, darauf aufmerksam zu machen und zu ermuntern, sich bei uns zu melden. Wir werden im Vorstand diese Meldungen zusammensstellen und auswerten. Das wird uns ermöglichen, zu entscheiden, wie wir Ihre Kandidatur am wirkungsvollsten unterstützen können.

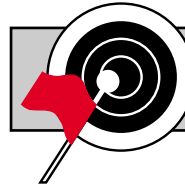
Walter Rytz



QUARTALS-
BLINDGÄNGER

«Windfahnen gehören in der Politik zum Alltag. Wir haben uns daran gewöhnt, dass nicht wenige unserer Volksvertreter und -vertreterinnen selbst zu grundsätzlichen Fragen ihre Meinung wechseln wie die ..., – nicht zuletzt, um sich den Medien gefällig zu erweisen.

Was aber an Unglaublichkeit sondergleichen, ja zur geistigen Nötigung des Bürgers grenzt, ist, wenn der «Guru» der Armeeabschaffer und SP-Nationalrat Andreas Gross (Weltwoche 8. 4. 99) und die Präsidentin der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Frau Ursula Koch, plötzlich für den Einsatz von Waffengewalt zur Durchsetzung von Recht argumentieren. Einen gänzlich «verbrannten Argumentationsbraten» hat uns die SP-Köchin serviert, als sie forderte, die NATO müsse im Kosovo Bodentruppen einsetzen (Sonntagszeitung 11. 4. 99). Die Genossen und Genossinnen derjenigen Bundersratspartei, die andauernd die Schweizerische Armee desavouiert und schliesslich abschaffen will, erhalten in globo unseren Blindgänger! Bon Appétit!



QUARTALS-
VOLLTREFFER

«Es bleibt die Hoffnung übrig, dass die NATO-Euphorie, die in den letzten Jahren die sicherheitspolitische Diskussion in unserem Lande beherrschte, vorbei ist. Wir müssen uns wieder auf unsere ursprünglichen Werte und Fähigkeiten und damit auf uns selbst besinnen. Unsere Stärke liegt in der humanitären Hilfe – das Beispiel des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz sollte wegweisend sein – und nicht in militärischen Einsätzen in Krisengebieten. [...] Die NATO ist kein Garant für die Sicherheit der Schweiz. Seit dem Wiener Kongress sind wir der Garant unserer Sicherheit und nicht Drittstaaten.» (Editorial in der ASMZ, Nr. 5, Mai 99) Diese klaren Worte des stellvertretenden Chefredaktors der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung (ASMZ), Prof. Dr. Albert A. Stahel, bezeichnen wir als Volltreffer!

Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE

- setzt sich für die Erhaltung einer freiheitlichen und souveränen Schweiz ein
- steht ein für eine hochqualifizierte, starke Milizarmee zum Schutz unseres Landes und der Bevölkerung. Sie fördert den Wehrwillen
- erinnert die Bürger an ihre Eigenverantwortung zur Erhaltung der Direkten Demokratie
- trägt bei zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz
- nimmt eine kritische Haltung ein gegenüber Exponenten von schweizerischen Radio- und Fernsehveranstaltern und setzt sich für eine sachgerechte und politisch ausgewogene Berichterstattung ein
- unterstützt freiheitliche und demokratische Bewegungen in anderen Staaten
- nimmt Stellung zu aktuellen politischen Fragen und zu grundsätzlichen Problemen unserer Zeit.

Sicherheitspolitik als zuverlässige Versicherung für die Schweiz und nicht als Spielfeld für Husarenritte!

Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) hat eine Teilrevision des Militärgesetzes beantragt, die es dem Bundesrat ermöglichen soll, in eigener Kompetenz bis zu 2000 Soldaten ins Ausland zu entsenden. Die Einsätze in «internationalen Feldübungen im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden» und für die sogenannte «Friedensförderung» sollen bewaffnet erfolgen. Die Bestimmung der Waffenausstattung läge wie die Festlegung, unter welches internationale Kommando (NATO, UNO, OSZE, EU) die Schweizer Truppen gestellt würden, ebenfalls in der Kompetenz des Bundesrates. Zur Bewaffnung gehören auch schwere Waffen, wie zum Beispiel neuer Kampfschützenpanzer usw.

Die Vernehmlassung wurde innert kürzester Zeit durchgeführt, an welcher sich die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE beteiligte. Sie lehnt die Vorlage aus neutralitätspolitischen

und staatsrechtlichen Gründen ab. Die Schweiz soll weiterhin ihre Erfahrung und Kraft in der unbewaffneten Elendsminderung investieren.

Die Stellungnahme zur Vernehmlassung kann kostenlos bestellt werden: Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11.



«Schweizer Super-Pumas in Albanien: Die unbewaffneten Transport-Hubschrauber der neutralen Schweiz leisten wertvolle humanitäre Dienste!»

Sitzt auch im Bundeshaus ein Günter Guillaume?

Es geht nichts über Transparenz der Verwaltung. Vor allem scheint eine gewisse Presse davon Gebrauch zu machen. Ein vertraulicher Bericht von Botschafter Carlo Jagmetti, dem man beim EDA offenbar keine Bedeutung beimass, wurde der «Sonntagszeitung» zugespielt, die prompt zur Veröffentlichung schritt. Der Botschafter nahm wenig später den Hut, und Bronfman blies seinerseits zum «Krieg».

Die Angelegenheit scheint Bundesrat Cotti wenig berührt zu haben, ebenso wenig der Schaden, den die Affäre unserem Land beschert hat. Und das Versagen hinderte ihn in der Folge auch nicht, auf servile Weise bei Bronfman zu antichambrieren, der dann verkündete: «die Schweizer haben kapituliert».

Bezeichnenderweise wurde das Leck nie gefunden! Im April 1998 ist die Suche aufgegeben worden; die Urheber der Indiskretion, wie es beschönigend hiess, bleiben im dunklen. Die Regierung brauchte noch Zeit bis am 10. Juni 1998, um ihr Bedauern zu erklären über «das Ende der wahrhaft erfolgreichen Diplomatenlaufbahn» von Carlo Jagmetti (NZZ 12. 6. 98). Was zu diesem abrupten Ende führte, kam allerdings nicht mehr zur Sprache.

Das bundesrätliche Versagen ist am 26. April letzthin mit einer Ehrung für den abtretenden Bundesrat Cotti belohnt worden: Der Nanny-und-Erich-Fischhof-Preis (50 000 Franken) wird alle zwei Jahre vergeben von der «Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus» und der «Gesellschaft Min-

derheiten in der Schweiz». Der vorhergehende Preis ging übrigens an Verena Grendelmeier (für ihre erfolgreiche Diskriminierung der Kriegsgeneration). In einem «Anflug bitterer Genugtuung» liess sie sich in der «Süddeutschen Zeitung» vom 8. 3. 97 vernehmen: «Ich habe die ganze Lawine – die Schiesserei des Auslandes gegen die Schweiz – losgetreten».

An der Feier in Zürichs Wasserkirche sprachen Sigi Feigel, Nationalratspräsidentin Trix Heberlein und Ernst Kramer. Die Lobrede hielt Pfarrer Rusterholz, der u. a. Cottis Engagement für die Solidaritätsstiftung hervorhob. Nacheilender Gehorsam wird freilich nötig sein, um das Volk zur Zustimmung zu bewegen...

Sch.

In Kürze

Tiefste Arbeitslosigkeit im «EU-Raum»

Gemäss den Erhebungen des Bundesamtes für Wirtschaft und Arbeit (BWA) waren Ende April 1999 in der Schweiz 105 912 Arbeitslose eingeschrieben, 8161 weniger als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote sank damit von 3,1% im März auf 2,9% im Berichtsmontat. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen erhöhte sich um 538 auf 16 168 Stellen. (Quelle BWA)



Jetzt bestellen!

Ab sofort kann eine Kurzfassung des Zwischenberichts der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg (UEK/«Bergier Kommission») zu den Goldtransaktionen der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges – kostenlos – bezogen werden. Unter Angabe der gewünschten Sprache (Deutsch, Französisch, Italienisch, Rätoromanisch und Englisch) und unter Beilage einer adressierten Klebeetikette sind Bestellungen zu richten an: BBL/EDMZ, Art.-Nr. 201.280.1, 3003 Bern.



Bundesräte reisen und reisen...

Frau Bundespräsidentin Dreifuss auf Stippvisite in Albanien, nimmt medienwirksam zufällig ausgesuchte Kosovo-Flüchtlinge mit in die Schweiz. Kurz darauf «Verteidigungsminister» Ogi mit Generalstabschef Scherrer in Albanien. Wiederum kurz darauf, während die NATO weiter Bombeneinsätze auf dem Balkan fliegt, reisen «Aussenminister» Cotti und wiederum «Verteidi-

gungsminister» Ogi nach Washington zum 50. Jahrestag der NATO. Man nimmt an einem Gipfeltreffen des Euroatlantischen Partnerschaftsrats (EAPC) teil. Der neue «Aussenminister» Deiss fährt traditionsgemäss nach Wien, zur Umarmung mit dem österreichischen Aussenminister und Cotti-Freund Schüssel kommt es zwar nicht, aber das neue Schweizer Regierungsmitglied bekräftigt die Schweizer EU-Beitritts-Absicht und bittet dafür um österreichische Hilfe...

Kurz: der Schweiz und den Bürgern haben diese erwähnten Reisen rein gar nichts gebracht – Kosten schon.



Steigerung muss kommen...

Es gehört sich, dass Personen in neuen Funktionen und Ämtern eine Gnadenfrist gewährt wird, bis sie sich richtig eingearbeitet haben. Also, lassen wir Geduld walten, wenn unsere junge Bundesrätin Frau Metzler, Chefin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, anlässlich ihrer Antrittsrede vor der CVP äussert, das Asylwesen und die Kriminalität sei nur noch im EU-Verbund zu lösen. Das haben wir schon vom Vorgänger gehört; auch der Spruch «man habe die Asylproblematik im Griff», wobei dies haben wir schon von Vor-vor-vorgängern gehört.



Neutralität – und plötzlich gehört sie wieder zum Programm

Wo sind sie geblieben die Politiker, Professoren und Sicherheitsexperten, welche die Neutralität als überholtes

Modell und als «Furz» bezeichnen? Seitdem die NATO Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien führt, wollen alle wieder die Neutralität auf ihre Fahnen schreiben – quer durch alle Parteien. Zeichen dafür, dass das Palaver der «Öffungs- und Erneuerungs-Promotoren» im Winde verweht...



Der Hund des Gewerkschafters

Vier Männer sprachen über die Klugheit ihrer Hunde.

Der Ingenieur hiess ihn ein Stück Papier holen und ein Rechteck, einen Kreis und ein Dreieck zeichnen, was der Hund auch leicht schaffte.

Der Buchhalter befahl seinem Hund, ein Dutzend Kekse zu holen und sie in Dreierhäufchen aufzuteilen. Das machte der Hund locker.

Der Chemiker sagte seinem Hund, er solle einen Liter Milch holen und davon 275 ml in ein Halblitergefäss giessen. Der Hund schaffte das problemlos.

Die drei Männer fanden, dass ihre Hunde gleich klug sind und fragten das Gewerkschaftsmitglied, was denn sein Hund zu bieten habe. Der rief ihn her und sagte zu ihm: «Zeig den Herren mal, was du kannst!» Da frass der Hund die Kekse, soff die Milch, schiss aufs Papier, bumste («Pardon!» Anm. Red.) die andern drei Hunde, behauptete, sich dabei einen Rückenschaden geholt zu haben, reichte eine Beschwerde wegen gefährlicher Arbeitsbedingungen ein, liess sich krank schreiben, verlangte Verdienstausfallentschädigung. und humpelte nach Hause.

Impressum

Druck und Administration:
NEUE GERBER AG,
3150 Schwarzenburg
Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber
Adressänderungen: PRO LIBERTATE,
3000 Bern 11
Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint viermal jährlich.
Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Walter Rytz (Präsident)
1133 Lussy-sur-Morges
Max Gerber (Vizepräsident)
3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Protokoll),
3018 Bern-Bümpliz
Werner Gartenmann
3172 Niederwangen
Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen
Christian Schmid
3283 Niederried bei Kallnach
Annemarie Steffen, 3052 Zollikofen

Der PL-Politikkalender

Wir haben Antworten vorzubereiten auf:

13. Juni 99	Eidgenössische Volks-Abstimmung «Mutterschaftsversicherung? – Asylgesetz?»
24. Oktober 99	Eidgenössische Wahlen «Schafft die Schweiz endlich den Kurswechsel Richtung Schweiz?»
Juni 99	Sicherheitspolitischer Bericht 2000 «Miliz und Neutralität ade? Neues Reisläufertum ins Ausland unter dem Deckmantel Solidarität?»
Sommer/Herbst 99	Bilaterale Verhandlungen, Debatten im Parlament «Nimmt der Bundesrat Abstand vom strategischen Ziel EU-Beitritt?»
Herbst 99	Bergier-Bericht zur schweizerischen Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges «Wird die Schweiz wiederum von obrigkeitlicher Geschichtsschreibung und linken Historikern als übler Täter entlarvt?»

Gewählte reden nicht immer gewählt

Im deutschen Bundestag herrschen andere Bräuche als in unserem Parlament: *Zwischenrufe* aller Art und von unterschiedlichem Unterhaltungswert würzen dort die Debatten. Günter Pursch hat gegen 4000 Zitate aus 190 000 Protokollseiten herausgegeben («Das Parlamentarische Schimpf & Schmunzel Lexikon», erschienen 1992 bei Langen Müller).

Mit dem Amt des Präsidenten ist im Bundestag auch die Kompetenz verbunden, über Produzenten unflätiger

Ausdrücke ein Rede- und Sitzungsverbot zu verhängen. Ausser dieser sog. Ordnungsmassnahme haben die Mitglieder des Hohen Hauses nichts zu befürchten, ihre Immunität schützt sie.

Das ehemalige Bundestagsmitglied *Joschka Fischer*, jetzt Deutschlands Aussenminister, hat sich mit seiner gepflegten Wortwahl schon beizeiten ausgezeichnet.

Am 18. 10. 1984 kam es zu heftigen Tumulten, als der Abgeordneten Nickels (Grüne) das Wort entzogen wurde.

Vizepräsident Stücklen: «Nach Paragraph 36 der Geschäftsordnung bitte ich Sie, das Rednerpult zu verlassen. Ich bitte darum, das Mikrophon freizugeben.» Fischer (Grüne): «Un glaublich, was Sie hier machen.» Stücklen: «Herr Abgeordneter Fischer, ich rufe Sie zur Ordnung!» – Weitere Unruhe und Zurufe von den Grünen. «Herr Abgeordneter Fischer, ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung!» – Weitere Zurufe des Abg. Fischer. – «Herr Abgeordneter Fischer, ich schliesse Sie von der weiteren Teilnahme an der Sitzung aus!» Fischer: «Schliessen Sie uns doch am besten gleich alle aus!» Stücklen: «Ich unterbreche die Sitzung des Bundestages, bis der Herr Abgeordnete Fischer, der von der weiteren Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen ist, den Plenarsaal verlassen hat. Die Sitzung ist unterbrochen.» Und jetzt, was nicht mehr im Protokoll verzeichnet ist, ruft der Abg. Fischer: «Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch, mit Verlaub!» Hierfür konnte keine Ordnungsmassnahme mehr erlassen werden, weil die Sitzung unterbrochen war. Zum Schluss teilt Vizepräsidentin Renger mit: «...Die gegen den Herrn Abg. Fischer ausgesprochene Ordnungsmassnahme in der heutigen Plenarsitzung wird auf einen weiteren Sitzungstag ausgedehnt.» Sch.



Ich/wir unterstütze(n) Sie

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.– (Ehepaare Fr. 60.–)
- als Gönner, Jahresbeitrag mindestens Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- mit einer jährlichen Spende für den Landesverteidigungsfonds (ohne Mitgliedschaftspflichten)

Mitglieder und Gönner erhalten regelmässig unsere Publikationen.

Name/Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Kopieren oder ausschneiden. Adresse: PRO LIBERTATE, 3000 Bern 11

PL 2/99